Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Pf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Herzog-Max-Straße Nr. 4.

I n h a l t:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile: 30 Pfennig / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Herzog-Max-Straße 4 / Tel. 93093 „Jüdischen Echos", München, Postscheck-Konto: München 3987.

Nr. 6 **München, 10. Februar 1928** **15. Jahrgang**

Das „Jüd. Echo" ist auch zu beziehen durch die Bchhdlg. Niederhuber Zentral-Zeitungsvertr., München, Maximilian-Wurzerstr. 5, Tel. 23363

1928 Wochenkalender 5688

	Februar	Schebat	Bemerkungen
Sonntag	12	21	
Montag	13	22	
Dienstag	14	23	
Mittwoch	15	24	
Donnerstag	16	25	
Freitag	17	26	
Samstag	18	27	משפטים פרשת שקלים

Das Jüdische Echo

Nummer 6 | 10. Februar | 15. Jahrgang

Die jüdische Kolonisation in Rußland

Von Dr. Artur Ruppin, Jerusalem[1]

Umfang der Ansiedlungstätigkeit 1925 bis 1927

Der Komzet hat mir die Ziffern über die für die jüdische Kolonisation bisher zugeteilte Fläche und über die darauf angesiedelten Familien zur Verfügung gestellt. Sie beziehen sich auf die Zeit von der Gründung des Komzet und umfassen die Jahre 1925, 1926 und 1927. Es ergibt sich daraus, daß insgesamt für die jüdische Ansiedlung bisher 295 917 Desjatinen zugeteilt worden sind, von denen sich etwa die Hälfte, nämlich 145 213 Desjatinen, in der Ukraine und mehr als ein Drittel, nämlich 108 113 Desjatinen, in der Krim befinden. Auf Weißrußland entfallen nur 22 000 Desjatinen, auf das übrige europäische und asiatische Rußland etwa 20 000 Desjatinen. Die Zahl der Siedler betrug 12 483. Außerdem sollten bis Ende des Jahres 1927 (die mir zur Verfügung gestellten Zahlen reichen bis Ende Juni 1927) noch 3319 Siedler, denen bereits Boden zugeteilt war, die aber den Boden noch nicht in Besitz genommen hatten, in die Siedlungen gehen. Ob dies tatsächlich geschehen ist, ist mir nicht bekannt. Von den bereits fest angesiedelten 12 483 Juden entfallen 7866 auf die Ansiedlungen in der Ukraine, 2252 auf die Krim, 1503 auf Weißrußland und die übrigen 862 auf das übrige europäische und asiatische Rußland.

Lage der Siedler im Jahre 1927

Bei dem jetzigen System ist der Siedler nicht in der Lage, aus seinen normalen Einnahmen seine normalen Ausgaben zu decken. Die Sachlage wird aber noch dadurch verschärft, daß in der Krim und in der Ukraine nicht ein normales Jahr auf das andere folgt, sondern daß die Ernten sehr verschieden ausfallen. Die Krim gehört zu einem Gebiete mit geringen Niederschlägen (kaum 400 mm im Jahr) und auch im Süden der Ukraine ist die Regenmenge nur um ein geringes größer. Es kommt aber in manchen Jahren vor, daß auch diese Regenmenge nicht erreicht wird, oder daß der Regen nicht zur richtigen Zeit niedergeht, was eine Mißernte zur Folge hat. Auch der Saharawind, der bis hierher dringt, kann, wenn er nach starken Regenfällen eintritt, die Körner zum Schrumpfen bringen und die Ernte stark reduzieren. Im allgemeinen kann man damit rechnen, daß in zehn Jahren drei gute Ernten, drei schlechte Ernten und vier Mittelernten vorkommen. Das Schlimme hierbei ist aber, daß der Siedler in den drei guten Jahren nicht etwas für die drei schlechten Jahre zurücklegt, sondern daß er den Mehrertrag in den guten Jahren verbraucht, um ein paar Bedürfnisse, die immer vorhanden sind, zu befriedigen. Kommt dann ein Jahr mit einer schlechten Ernte, in dem er von seinem Felde wenig oder gar nichts herunternimmt, so hat er keine Reserven und steht sofort vis-à-vis de rien. Das ist besonders mißlich im Beginn der Kolonisation. Erstens ist es gerade in dieser an sich schon genügend schwierigen Anfangszeit besonders wichtig, daß der Mut der Siedler aufrechterhalten und nicht durch eine Mißernte gebrochen wird, und zweitens hat der Siedler in dieser Zeit noch keinerlei andere kleine Einnahmequellen, z. B. noch kein Geflügel. Das Jahr 1927, das eine Mißernte brachte, hat gezeigt, wie verheerend die Folgen einer solchen Mißernte sind. Sie hat auf die Stimmung der Siedler geradezu katastrophal gewirkt. In den von der Mißernte am schlimmsten betroffenen Siedlungen in der Krim und im Chersoner Rayon (im Kriwoi-Rog-Rayon war die Ernte etwas besser) haben viele Siedler nicht einmal die zu ihrem eigenen Lebensunterhalt und als Futter für das Vieh notwendigen Mengen Getreide geerntet, und sie wissen nicht, wie sie sich bis zur nächsten Ernte durchschlagen sollen.

Nach den Mitteilungen, die ich von den Beamten der Kolonisationsgesellschaften erhalten habe, haben bisher 15 Prozent der Siedler, die seit 1925 angesiedelt sind, ihre Wirtschaften aufgegeben und sind wieder in die Stadt zurückgekehrt. Dieser Prozentsatz ist an sich nicht übermäßig hoch, er ist ungefähr derselbe, wie er in allen anderen Ländern bei Neukolonisation vorkommt. Aber es ist zu fürchten, daß noch viele weitere Siedler ihre Wirtschaften verlassen werden, wenn man ihnen nicht aus der durch die Mißernten des Jahres 1927 geschaffenen Notlage heraushilft. Wie ich höre, hat der Agrojoint auch bereits beschlossen, helfend einzugreifen und entweder den Siedlern ein Darlehen zum Ankauf einer zweiten Kuh zu geben, oder sie bei Ameliorationsarbeiten, z. B. bei der Trockenlegung sumpfiger Ländereien, von denen es im Chersoner und Kriwoi-Rog-Rayon

---

[1] Das Problem der jüdischen Kolonisation in Rußland beschäftigt nicht zum wenigsten infolge der systematischen Propaganda der Sowjet-Regierung andauernd die jüdische Öffentlichkeit. In den letzten Tagen erst wurde bekannt, daß man sich von kommunistischer Seite mit dem Gedanken trägt, in Sibirien ein „Jüdisches Land" zu schaffen. Es ist deshalb besonders erfreulich, daß der hervorragende jüdische Kolonisationsfachmann Dr. A. Ruppin nunmehr in der Wiener Monatsschrift „Palästina", auf deren gründliche Information und anregende Diskussion aller Kolonisationsfragen wir bei dieser Gelegenheit wieder einmal aufmerksam machen möchten, einen ausführlichen Bericht über Erfahrungen und Beobachtungen seiner Studienreise durch das russische Kolonisationsgebiet veröffentlicht.

Wir geben aus dem umfangreichen Aufsatz Dr. Ruppins, aus dem die sehr begrenzten Möglichkeiten der jüdischen Kolonisation in Rußland klar hervorgehen, einige besonders wichtige und interessante Stellen wieder, verweisen aber jeden Interessierten auf die Lektüre des ganzen Aufsatzes, der eine objektive und wissenschaftliche Begründung für alle Behauptungen Ruppins enthält.

Die Red.

einige gibt, zu beschäftigen. Auch die Regierung will den Siedlern durch Transporte Gelegenheit zum Verdienst geben.

Zu der schwierigen Lage der Siedler in der ersten Zeit trägt auch der Umstand bei, daß sie, wenn sie auf den Boden kommen, noch keine Einzelhäuser für sich vorfinden. Sie sind gezwungen, zusammen in demselben Gebäude zu leben und auch ihr Vieh und Inventar zusammenzuhalten. Auch die erste Bearbeitung des Bodens muß, da die einzelnen Parzellen noch nicht fest abgesteckt sind, gemeinsam erfolgen. Es ist klar, daß diese provisorische Art der Bewirtschaftung zu Verlusten führen muß, besonders da die Siedler noch nicht gelernt haben, mit dem Vieh und dem übrigen Inventar sorgsam umzugehen, wodurch natürlich kleinerer oder größerer Schaden entsteht. Selbstverständlich sind auch die Arbeitsleistungen der Siedler, da sie an solch schwere Arbeit in der Regel nicht gewohnt sind, unter dem Durchschnitt. Fast in allen Fällen haben die Siedler von dem Geld, das sie in die erste kollektive Bearbeitung des Bodens hineingesteckt haben (in der Regel 200 bis 300 Rubel), die Hälfte und manchmal noch mehr verloren.

Politische Autonomie der Siedlungen

In der auf Betreiben des Ozet im November 1926 in Moskau abgehaltenen Konferenz über die Frage der jüdischen landwirtschaftlichen Siedlung in Rußland hielt der Präsident der Sowjet-Union, Kalinin, eine längere Ansprache, in der er andeutete, daß die jüdische Kolonisation allmählich zu einer immer weiteren Autonomie und schließlich vielleicht zur Gründung einer autonomen jüdischen Republik führen könne. Von einem Teile der Versammelten wurde diese Bemerkung enthusiastisch aufgenommen, bei einem anderen Teile fand sie Widerspruch. Es ist nicht leicht, sich vorzustellen, wie die territorialen Grundlagen einer jüdischen Republik beschaffen sein sollen. Die jüdischen Siedlungen in der Krim und in der Ukraine sind zwischen ukrainische, russische, deutsche, tartarische Siedlungen eingesprengt und es gibt keinen einzigen Bezirk mit 100 000 oder sogar nur 50 000 Einwohnern, in welchem die Juden die Mehrheit der Gesamtbevölkerung ausmachen. Es ist auch keine Aussicht vorhanden, dieses Prozentverhältnis durch Zuteilung von neuem Boden an die Juden zu ändern. Denn abgesehen davon, daß in der Krim und der Ukraine überhaupt nur noch wenig Boden für die Verteilung verfügbar ist, werden die Juden von dem verteilten Boden immer nur höchstens ein Viertel oder ein Fünftel bekommen, das übrige wird den anderen Nationalitäten zufallen.

Bisher ist nur ein einziger jüdischer autonomer Bezirk gegründet worden, und zwar im Jahre 1927, nämlich der Bezirk Kalinindorf (früher S'de Menucha). Dieser Bezirk hat 19 000 Einwohner, darunter 84 Prozent Juden; er zählt 40 Dörfer, darunter 33 jüdische, 5 ukrainische, 2 deutsche. Die jüdischen Dörfer haben 6 jüdische Dorfsowjets, die ukrainischen Dörfer 1 ukrainisches Dorfsowjet über sich. Die oberste Verwaltungsbehörde im Bezirk Kalinindorf besteht vorwiegend aus Juden; ebenso ist die Amtssprache im inneren Verkehr des Bezirkes das Jüdische. Der Polizeichef und die Polizisten sind Juden. Es besteht hier also in dem Bezirk volle munizipale Selbstverwaltung und nationale Autonomie. Ich hörte, daß die nichtjüdischen Dörfer sich sehr gerne dem jüdischen Bezirke angeschlossen haben. Sie haben dadurch gewisse Vorteile, indem z. B. die jüdischen Kolonisationsgesellschaften ihre Hilfe durch den Bau von Schulgebäuden oder durch Gewährung von Krediten auch auf die nichtjüdischen Dörfer des Bezirkes ausdehnen. Der Bezirk Kalinindorf ist zur Zeit der einzige autonome jüdische Bezirk. Es ist beabsichtigt, in allernächster Zeit einen weiteren autonomen jüdischen Bezirk im Rayon Kriwoi Rog zu gründen, der etwa 18 000 Einwohner, darunter 25 Prozent Nichtjuden, zählen wird. Ein dritter Bezirk soll in weiteren 2 oder drei Jahren ebenfalls im Rayon Kriwoi Rog entstehen.

Aussichten auf Erweiterung der Kolonisation

Die Erweiterung der jetzigen jüdischen Kolonisation hängt, abgesehen von den notwendigen Mitteln zur Einrichtung der Wirtschaften, davon ab, wieviel Boden die Regierung für die jüdische Kolonisation noch zur Verfügung stellen wird. Die russische Regierung hat im Jahre 1926 den Beschluß gefaßt, im Laufe der nächsten 10 Jahre jährlich 10 000 jüdische Familien, insgesamt also 100 000 Familien, in die Landwirtschaft zu überführen. Für diese Siedler würden 1½ bis 2 Desjatinen Land erforderlich sein. In der bisherigen Zone der jüdischen Ansiedlung, d. h. in der Krim und in der Ukraine, ist an die Zuteilung einer solchen Fläche für jüdische Kolonisation nicht zu denken. In der ganzen Ukraine blieben der Regierung nach der Agrarreform im Jahre 1920 nur noch 1 700 000 Desjatinen übrig. Ein großer Teil davon ist in der Zwischenzeit bereits verteilt worden. Es besteht eine große Überwanderung von christlichen Bauern nach der Südukraine, in die Nähe der jüdischen Siedlungen. Diese Überwanderer haben großen Bedarf an Boden. Im Rayon Kriwoi Rog ist so gut wie gar kein Boden zur Verteilung mehr verfügbar und die jüdische Kolonisation in diesem Rayon muß als abgeschlossen gelten. Im Chersoner Rayon und in den übrigen Teilen der südlichen Ukraine ist nach meinen Informationen im günstigsten Falle noch auf 100 000 bis 150 000 Desjatinen Boden für die jüdische Ansiedlung zu hoffen. In der Krim stehen bestenfalls noch 50 000 bis 100 000 Desjatinen für die Juden zur Verfügung, und auch das nur in dem Falle, wenn die Regierung einen Teil des jetzt von den Regierungsfarmen benützten Bodens für die Kolonisation freigibt. Der gesamte Boden in der Ukraine und Krim, der für jüdische Kolonisation in Betracht kommt, ist also höchstens auf etwa 150 000 bis 250 000 Desjatinen zu schätzen, d. h. maximal auf ebensoviel, wie die Regierung bis jetzt bereits für die jüdische Siedlung in diesen Gebieten zugeteilt hat. Das würde die Ansiedlung von weiteren 12 000 jüdischen Familien ermöglichen. Insgesamt würde also — zusammen mit der Bevölkerung der alten Kolonien — in der Ukraine und Krim die Zahl der jüdischen Landwirte auf 25 000 gebracht werden können.

Die Regierung ist sich anscheinend dieser Begrenzung bewußt und bemüht sich, in anderen Gebieten der Sowjet-Union passenden Boden für die jüdische Kolonisation zu finden. Zwei Projekte

dieser Art wurden mir genannt. Das eine bezieht sich auf ein Gebiet, das sich als ein schmaler 2000 Kilometer langer Streifen am Nordrande des Asowschen Meeres erstreckt. Dieses Gebiet ist jetzt sumpfig, soll aber trockengelegt werden können. Man nannte mir auch den Betrag, der für diese Ameliorationsarbeiten notwendig ist, nämlich 5 Millionen Rubel. Ich kann mich über dieses Projekt nicht weiter äußern, da mir die technischen Einzelheiten nicht bekannt sind.

Ein zweites Projekt bezieht sich auf ein großes Gebiet am Amurflusse in Sibirien, westlich von Chabarowsk. Hier soll ein wald- und mineralreiches Gebiet von 2 500 000 Desjatinen vorhanden sein, von denen 1 500 000 Desjatinen eben sind. Die Eisenbahn durchschneidet es in einer Länge von etwa 200 Kilometer. Das Gebiet soll jetzt fast unbewohnt sein und zur Ansiedlung von 100 000 jüdischen Familien genügen. Das Klima soll zwar im Sommer außerordentlich heiß und im Winter sehr kalt sein, trotzdem hat aber eine im Jahre 1927 von der Regierung dorthin entsandte Expedition das Land als zur Ansiedlung von Juden geeignet bezeichnet. Es ist mir natürlich nicht möglich, mich über die technischen Aussichten auch dieses Projektes zu äußern. Es scheint mir aber vorläufig so viel sicher, daß die Juden die größte Abneigung dagegen haben werden, in ein so weit entferntes Gebiet zu gehen. Es ist auch für den Erfolg der Kolonisation sehr ungünstig, ein so entferntes Gebiet zu wählen. Alle Schwierigkeiten, welchen die Kolonisation in den der Zivilisation bereits erschlossenen Gebieten, wie Krim und Ukraine, begegnet, werden sich in weit größerem Umfange geltend machen, wenn die Ansiedlung in einem so ganz unerschlossenen und so weit von aller Zivilisation entfernten Gebiete erfolgt.

Wirtschaftliche Wirkungen

Wenn es der Regierung gelingt, zu den bisher angesiedelten 12—13 000 Familien in den nächsten 3 Jahren noch weitere 12 000 Familien im europäischen Rußland anzusiedeln — was wegen der Bodenknappheit durchaus nicht leicht ist — so würde sie insgesamt 25 000 Familien aus anderen Berufen zur Landwirtschaft überführt haben. Das bedeutet 4—5 Prozent der gesamten jüdischen Bevölkerung in Rußland. Der Berufswechsel eines so kleinen Prozentsatzes im Laufe von 6 Jahren kann natürlich keine bedeutenden wirtschaftlichen Resultate für die gesamten Juden Rußlands zeitigen. In derselben Zeit, in der diese 25 000 Familien oder etwa 125 000 Seelen zur Landwirtschaft übergehen, vermehren sich die russischen Juden durch natürlichen Zuwachs um mehr als das Doppelte dieser Zahl. Es besteht deshalb die Frage, ob man für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der russischen Juden und insbesondere der erwerbslos gewordenen Händler nicht viel mehr erreichen könnte, wenn man die für die landwirtschaftliche Kolonisation benutzten Gelder für die Überführung der Juden zu Industrie und Handwerk benützen würde. Es gibt in Rußland zurzeit einen ungeheuren Mangel an Maschinen. Viele

Juden könnten sehr leicht ein Handwerk erlernen (viel leichter als die landwirtschaftliche Arbeit) und dabei ein anständiges Auskommen verdienen — ein größeres als in der Landwirtschaft — wenn man ihnen durch Kredit die Anschaffung kleiner Maschinen ermöglichen würde. Ein augenfälliger Beweis hierfür ist die Tatsache, daß viele Tausende von Juden bereits Handwerker geworden sind, wobei sie natürlich diejenigen Handwerke bevorzugen, in denen sie ohne eine längere Lehrzeit sofort Geld verdienen können. Besonders erwähnenswert ist hier die Strumpfstrickerei, die auf kleinen Handmaschinen, von denen eine etwa 120—150 Rubel kostet, betrieben wird. Allein in der Stadt Kiew sollen 2000 Juden sich der Strumpfstrickerei zugewendet haben und mit Hilfe dieser kleinen Maschinen und unter Zusammenschluß zu Genossenschaften bis zu 80 und 100 Rubel im Monat verdienen.

Eine gerechte Abwägung des Für und Wider zwischen der Überführung der Juden zur Landwirtschaft einerseits, zu Industrie und Handwerk anderseits ergibt, daß die Überführung zum Handwerk schneller und erheblich billiger ist und in einem viel größeren Prozentsatze zum Erfolg, d. h. zu einer auskömmlichen Existenz führt. Aber dem steht gegenüber, daß die Zukunft dieser Handwerker eine unsichere ist. Sie werden eines Tages, wenn die Großindustrie erstarkt oder der Export vom Auslande erlaubt wird, konkurrenzunfähig werden und dann von neuem nach einem anderen Berufe sich umsehen müssen. Demgegenüber hat die Überführung in die Landwirtschaft den Vorzug, daß der Siedler, wenn er einmal die Anfangsschwierigkeit überwunden hat, hier normalerweise dauernd mit einer Existenz versorgt ist. Es ist ferner eine richtige Erwägung, daß die wirtschaftliche Lage der Juden Rußlands um so fester fundiert ist, je mehr sie sich auf alle Erwerbszweige und darunter auch auf die Landwirtschaft verteilen. Eine industrielle Krisis, die natürlich immer im Bereiche der Möglichkeit liegt, läßt dann wenigstens die in der Landwirtschaft tätigen Juden unberührt. Weiter ist zu erwägen, daß in diesem Augenblicke die Regierung noch Land zur Verfügung hat und an jüdische Siedler verteilt; es ist aber als sicher anzusehen, daß in wenigen Jahren die Regierung bereits kein Land mehr zu ihrer Verfügung haben wird. Wenn also jetzt die Gelegenheit zur Erlangung von Boden für die jüdische Siedlung verpaßt wird, so kehrt sie später niemals wieder. Ich glaube, daß es besonders diese letzte Erwägung ist, welche die jüdische Kolonisation in Rußland wirtschaftlich rechtfertigt und welche auch die jüdischen Kolonisationsgesellschaften zu ihrer Tätigkeit veranlaßt hat. Es ist allerdings eine Tätigkeit auf lange Sicht und sie kann vom Standpunkt der ganzen russischen Judenheit nur eine

ganz bescheidene Wirkung auf die Verbesserung ihrer Lage ausüben.

Kulturelle und nationale Wirkungen

Wir haben oben bereits auseinandergesetzt, daß die jüdische Kolonisation in keinem größeren Gebiete so konzentriert ist, daß die Juden dort die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Überall sind die jüdischen Siedlungen zwischen nichtjüdische Siedlungen eingesprengt. Ich sehe deshalb keine Möglichkeit des Zusammenschlusses der Siedlungen zu einer autonomen Republik. Es ist möglich, daß außer dem bereits bestehenden jüdischen Rayon mit munizipaler Selbstverwaltung und kultureller Autonomie, in dem unter 19 000 Einwohnern etwa 15 000 Juden sind, in den nächsten Jahren noch zwei andere Gebiete dieser Art und Größe gebildet werden, die aber untereinander nicht zusammenhängen, sondern Enklaven in nichtjüdischen Gebieten sind.

Die jüdischen Siedler stellen diejenige Schicht der russischen Juden dar, aus der sie zum größten Teil stammen, nämlich den Stand der kleinen Händler und Handwerker aus den Städten und Städtchen in dem westlichen Gebiete der Ukraine. Ihre Bildungsstufe ist keine besonders hohe. Sie sind, was ihren Übergang zur Landwirtschaft anbetrifft, von Erwägungen allgemeiner oder höherer Art fern. Nicht daß die Landwirtschaft ein gesünderer oder volkswirtschaftlich wichtigerer Beruf ist, bildet für sie das treibende Motiv. Sie wenden sich zu ihr nicht aus innerer Neigung, sondern aus dem Zwang der Verhältnisse, der ihnen keinen anderen Ausweg läßt. Sie hoffen dadurch lediglich ihre materielle Lage zu verbessern.

Die relativ niedrige Bildungsstufe und die Präponderanz der materiellen Interessen geben den Siedlungen ein ziemlich kulturarmes Gepräge und machen sie gegen das Eindringen assimilatorischer Einflüsse von außen weniger widerstandsfähig. Es ist unverkennbar, daß die Juden in den Kolonien in höherem Maße zur Aneignung der russischen an Stelle der jüdischen Sprache neigen, als es in den Städten und Städtchen mit einem großen Prozentsatze von Juden der Fall ist. Es scheint, daß die Entfernung der jüdischen Siedlungen von den städtischen Zentren mit großer jüdischer Bevölkerung auf ihr jüdisches Bewußtsein abschwächend einwirkt. Anderseits bringt der Umstand, daß sie denselben Beruf wie ihre nichtjüdischen Nachbarn in den umliegenden Siedlungen ausüben, sie mit diesen in nähere Berührung. Während in den Städten der Ukraine das Jüdische heute vielleicht mehr verbreitet ist als vor dem Kriege, hatte ich in den Kolonien den Eindruck, daß das Jüdische gegenüber dem Russischen zurückgeht. Die Siedler finden vom ökonomischen Gesichtspunkte die Aneignung der russischen Sprache und die Assimilation an die russische Kultur vorteilhaft und sind deshalb daran interessiert, daß ihre Kinder russisch lernen. Demgegenüber habe ich bei ihnen weder ein starkes Interesse für die jüdische Religion, noch für die nationale Idee gefunden.

Das Fazit aus all dem Gesagten ist, daß es sich bei der jüdischen Ansiedlung in Rußland nicht um eine Rettungsaktion für die Judenheit oder auch nur für die russische Judenheit handelt. Für das eine fehlt der Ansiedlung der geistige Schwung, für das zweite fehlt ihr der erforderliche Umfang. Sie muß als eine philantropische Aktion zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage von einigen zehntausend jüdischen Familien in Rußland gewertet werden und hat als solche ihre Berechtigung.

Vergleich mit der Kolonisation in Palästina

Die Kolonisation in Palästina, mit der die russische Kolonisation häufig verglichen wird, hat ganz andere Ziele. Für sie ist die Überführung von Juden zur Landwirtschaft nicht der Zweck, sondern nur ein Mittel zum Zweck, nämlich zur Errichtung einer jüdischen Heimstätte in Palästina, von der sie eine Einwirkung auf das geistige Leben der gesamten Judenheit erwartet. Ohne diese „Fernwirkung" verliert die Kolonisation in Palästina jeden Sinn. Weil aber diese Fernwirkung nicht so sehr von der Zahl der jüdischen Siedler, sondern von ihrem geistigen Niveau, von der Zugkraft ihrer Ideale abhängt, spielen in dieser Ansiedlung geistige Faktoren, z. B. die hebräische Sprache, die ethische Höhe der Siedler, ihr Verständnis für jüdisches Wesen, eine entscheidende Rolle — Faktoren, welche für die Ansiedlung in Rußland ohne jede Bedeutung sind. Wir haben deshalb in der landwirtschaftlichen Kolonisation in Rußland und in Palästina zwei Systeme vor uns, die zwar in technischer und wirtschaftlicher Beziehung ähnlich, aber in sozialer, kultureller und nationaler Beziehung grundverschieden sind. Wer sie beide von demselben Gesichtspunkte aus beurteilt, muß notwendig einer von beiden Unrecht tun. Nur wenn man die russische Kolonisation als eine Wohlfahrtsaktion für einige zehntausend Familien in Rußland, die palästinische als einen Schritt zur Bildung eines geistigen nationalen jüdischen Zentrums für die ganze Judenheit ansieht, wird man beiden gerecht werden können.

Arbeit und Erziehung

(Brief aus Palästina)

Von Dr. Hans Kohn (Jerusalem)

Die palästinische Regierung hat in der letzten Zeit eine erhöhte gesetzgeberische Tätigkeit entfaltet. Unter den neuen Verordnungen befinden sich einige, die auch für die Öffentlichkeit von größerem Interesse sind und die die Tendenz der palästinischen Regierung zeigen, langsam zu einer modernen Gesetzgebung auch auf dem Gebiete der Verwaltung überzugehen. So hat die palästinische Regierung dem Gesetz über die Pflicht-Unfallversicherung der Arbeiter nun eines über die Einschränkungen der Arbeit von Frauen und Jugendlichen unter 16 Jahren in gewerblichen und industriellen Betrieben folgen lassen. Dieses Gesetz kommt oft ausgesprochenen Wünschen der jüdischen Bevölkerung nach einer modernen sozialen Gesetzgebung entgegen. Es hat zugleich eine darüber hinausgehende Bedeutung. Soweit es eine Industrie im Orient gibt, verwendet sie vielfach, wie es die Industrie in Europa vor einigen Jahrzehnten getan hat, ohne Einschränkung die Arbeit von Frauen und Kindern. Eine fortschreitende soziale Gesetzgebung muß notwendigerweise die sozialen Ansprüche und den Standard des arabischen Arbeiters in Palästina heben und dem des europäischen und jüdischen Arbeiters annähern. Eines der ernstesten Hindernisse auf dem Wege der wirtschaftlichen Entfaltung der jüdischen Siedlung in Palästina ist der verschiedenartige Lebens-Standard des jüdischen und des arabischen Arbeiters. Der Standard des arabischen Arbeiters ist bekanntlich viel niedriger als der des jüdischen. Dies bezieht sich jedoch nur auf die Arbeiterklasse. Das Lebensniveau des arabischen und des europäischen Bürgertums ist vielfach höher als das des jüdischen. Der durchschnittliche Tageslohn eines arabischen Arbeiters beträgt 10 Piaster, während der Mindestlohn eines jüdischen Arbeiters bei Aufrechterhaltung seines Lebens-Standards 15—17,5 Piaster beträgt, während noch vor wenigen Jahren der Mindestlohn des ungelernten jüdischen Arbeiters 25 Piaster ausmachte. Das Nebeneinanderstehen zweier verschiedener Lebenshaltungen bei der gleichen Klasse ist wirtschaftlich schwer lösbar. Die Zionistische Exekutive und die Jüdische Arbeiterorganisation haben durch Maßnahmen für die kulturelle, gesundheitliche und soziale Fürsorge der Arbeiter der Senkung des Lebens-Standards entgegenzuwirken gesucht. Es ist verhältnismäßig leicht, dem qualifizierten jüdischen Arbeiter ein höheres Arbeitseinkommen zu sichern, da er heute noch vielfach ein Monopol auf dem palästinischen Arbeitsmarkt besitzt, so daß er selbst von nichtjüdischen Unternehmern in steigendem Maße herangezogen wird. Eine fortschreitende Europäisierung der arabischen Wirtschaft wird die Heranziehung neuer qualifizierter und technisch geschulter jüdischer Kräfte notwendig machen. Der ungelernte jüdische Arbeiter kann aber in der rein wirtschaftlichen Sphäre die Konkurrenz mit dem arabischen Arbeiter nicht aufnehmen. Daraus ergeben sich nicht nur die Konflikte in den alten jüdischen Kolonien, sondern auch bei der Vergebung der Regierungsarbeiten, da die Regierung auf dem Standpunkte steht, daß Regierungsarbeiten nur in öffentlicher Ausschreibung an das niedrigste Angebot vergeben werden. Die Lohnpolitik der Regierung scheint darauf gerichtet zu sein, eine Anpassung des Niveaus der Lebenshaltung der verschiedenen Gruppen aneinander her-

beizuführen. Freilich verfolgt sie dabei ein vom Standpunkt der sozialen Höherentwicklung sehr anfechtbares Prinzip, nämlich den jüdischen Lebens-Standard auf den arabischen herabzudrükken, statt den arabischen langsam auf den jüdischen zu heben. Auch die Politik, die die Regierung in den Fragen der Erziehung des Gesundheitswesens und anderer öffentlicher Dienste verfolgt, weist darauf hin, daß sie den Bedürfnis-Standard der arabischen Bevölkerung auf diesen Gebieten als Richtschnur festlegt, ohne zu bedenken, daß auch innerhalb der arabischen Bevölkerung das Bedürfnis nach Erziehung, insbesondere nach einer in allen Teilen des Landes verbreiteten Elementarerziehung, und nach einer besseren ärztlichen Fürsorge stetig wächst. Die jüdische Siedlung in Palästina kann von einer veränderten Politik der Regierung auf diesen Gebieten nur Nutzen ziehen. Deswegen muß der Ausbau der Gesetzgebung über soziale Fürsorge auch weiterhin eine wichtige Forderung bilden. Nur durch eine Erhöhung des Lebensniveaus und der Lohnansprüche des arabischen Arbeiters kann das wirtschaftliche Problem der jüdischen ungelernten Arbeit in Palästina gelöst werden. Sonst ist in anderen Ländern, z. B. in Südafrika, das Nebeneinanderbestehen einer Arbeiterkaste mit höheren Lohnsätzen und höherem Lebens-Standard neben einer solchen mit niedrigerem Lebens-Standard und niedrigeren Löhnen nur dadurch möglich, daß die ersten nur qualifizierte Arbeiten unternehmen und alle ungelernte Arbeit der zweiten überlassen bleibt. Die Regierung könnte schon heute die soziale Entwicklung des arabischen Arbeiters durch Festsetzung eines Minimallohnes bei der Vergebung von Regierungs- und städtischen Arbeiten fördern. Die Festsetzung eines solchen Lohnes würde vielleicht das jetzige Lohnniveau des Arabers überschreiten, ohne das jüdische zu erreichen, aber bereits eine Festsetzung von etwa 12 Piastern würde erzieherisch auf den arabischen Arbeiter und auf den Unternehmer einwirken. Heute kommt es oft vor, daß die arabischen Unternehmer höhere Lohnsätze in ihre Kalkulation einstellen, als sie dem Arbeiter bezahlen. Auch dem könnte durch Festsetzung eines Minimallohnes vorgebeugt werden.

Von größerer Bedeutung als es den ersten Anschein hatte, war auch das Gesetz über Erziehung, das die Regierung herausgegeben hat. Nach diesem Gesetze geht die Leitung der Elementarerziehung an die einzelnen Gemeinden über, während die Regierung sich nur eine Kontrolle über die Elementarerziehung behält und in eigener Verwaltung nur die Mittelschulen und die höhere Bildung beläßt. Die Übertragung der Fürsorge der Erziehung an die Gemeinden ist prinzipiell zu begrüßen. Sie gibt den lokalen Selbstverwaltungskörperschaften ein weiteres Betätigungsfeld, und sie ermöglicht auch, den Schulbedürfnissen in der Weise entgegenzukommen, wie es die Eltern wünschen. Es ist Tatsache, daß nach dem großen Aufschwung, den das Regierungserziehungswesen unter Sir Herbert Samuel im Jahre 1922—23 genommen, wo in vielen Dörfern Elementarschulen begründet wurden, ein Stillstand eingetreten ist und daß die vorhandenen arabischen Regierungsschulen dem Schulbedürfnis der arabischen Bevölkerung nicht genügen. Anderseits ist auch die Beteiligung der Regierung an dem jüdischen Schulwerk viel zu gering und nach dem Maße dessen bestimmt, was die Regierung für die übrige Bevölkerung des Landes festgesetzt hat, obgleich dieses Maß auch für den arabischen Teil der Bevölkerung nicht genügend ist. Hierin drückt sich wiederum die Tendenz der Regierung aus, das soziale und kulturelle Niveau des Landes nach dem niedriger stehenden Bevölkerungsteil, statt nach dem höher stehenden oder nach einem angemessenen Durchschnitt zu bestimmen. Es ist selbstverständlich, daß sich die Regierung eine Kontrolle über das Schulwesen vorbehält. Das ist in jedem modernen zentraleuropäischen Staate der Fall. Anderseits sind die Finanzverhältnisse der Gemeinden nicht stark genug, um die Last des Schulwesens tragen zu können. Die Regierung wird nicht nur bedeutende Zuschüsse leisten müssen, sondern die Gemeinden werden auch dazu übergehen müssen, die Steuerkraft des städtischen Bürgertums stärker zu erfassen und wenigstens Ansätze von Einkommen- und Gewerbesteuern einzuführen. So wird sich auch dieses neue Schulgesetz darin gut auswirken, daß es zu der staatsbürgerlichen Erziehung der Bewohner beitragen und sie lehren wird, die Verantwortung für die kulturellen und sozialen Aufgaben zu tragen und auch materiell nach ihren Kräften beizusteuern. Von hier aus müßte sich die in Palästina so dringend notwendige allgemeine Reform des Steuerwesens ergeben.

Aus der jüdischen Welt

Der Preußische Landesverband und das Frauenwahlrecht in den Gemeinden

Berlin, 3. Februar. (JTA.) (Amtlich.) Über die Anträge zum Frauenwahlrecht im Normalstatut sind dem Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden eine Reihe von Anfragen zugegangen, die Aufklärung darüber verlangen, welchen Standpunkt der ständige Ausschuß schließlich eingenommen hat.

Hierauf ist mitzuteilen, daß ein Antrag der liberalen und volksparteilichen Fraktion zugunsten des Frauenwahlrechts Annahme fand, nachdem sich der Vertreter der konservativen und Mittelpartei, sowie auch ein Volksparteiler dagegen, eine Reihe anderer Mitglieder der Volkspartei jedoch dafür ausgesprochen hatten. Konservative und mittelparteiliche Anträge mit dem Ziel, die Frage des Frauenwahlrechtes der Entscheidung der Gemeinden zu überlassen, waren durch die Annahme des ersten Antrages im ablehnenden Sinne erledigt.

Sämtliche in der Sitzung des ständigen Ausschusses angenommenen Entschließungen wurden dem Rat zur Weiterbearbeitung zugeleitet.

Aron Hirsch 70 Jahre alt

Berlin, 5. Februar. (JTA.) Am Montag, dem 6. Februar, begeht Dr.-Ing. e. h. Aron Hirsch, Seniorchef der Firma Hirsch, Kupfer- und Messingwerke A.-G., seinen 70. Geburtstag. Geboren im Jahre 1858 als ältester Sohn des damaligen Juniorenchefs der Firma Aron Hirsch & Sohn, trat er schon in jungen Jahren in diese im Jahre 1805 gegründete Firma ein. In die Zeit seiner Tätigkeit fällt die Ausdehnung der Handelsfirma zu einer weltumspannenden Organisation. Um die Jahrhundertwende siedelte Aron Hirsch von Halberstadt, seinem Geburtsort, nach Berlin über. Er gehört u. a. dem Aufsichtsrat der Deutschen Bank an und ist Mitglied der Berliner Industrie- und Handelskammer. Der Jubilar steht den gesetzestreuen jüdischen Kreisen Deutschlands nahe und ist Mitkurator jüdischer wissenschaftlicher Anstalten.

Zusammenschluß der freiheitlichen und großdeutschen Studenten

Berlin, 6. Februar. (JTA.) Die auf der Heidelberger Dezembertagung beschlossene Konferenz der freiheitlichen Studentenschaften trat am Samstag in den Klubräumen des „Bundes freiheitlicher Akademiker" zusammen, um den organisatorischen Zusammenschluß aller freiheitlich gerichteten Studentengruppen in den Hochschulen des deutschen Sprachgebietes zu vollziehen: der „Deutsche Studenten-Verband" ist gegründet. Vertreter aller Hochschulen des deutschen Sprachgebiets, nicht nur Reichsdeutschlands, sondern auch Österreichs, der Tschechoslowakei, Danzigs sind erschienen: Prag und Brünn haben ebenso ihre Vertreter geschickt wie Wien, Graz und Insbruck, wie die süddeutschen Hochschulen, wie die preußischen und sächsischen Universitäten.

Über die Ziele des Verbandes schreibt die „Vossische Zeitung": „Die Satzung, die auf diesem ersten freiheitlichen Studententag beschlossen worden ist, läßt deutlich erkennen, welchem Ziel man zustrebt: Kulturdeutschland, das nicht auf verschwommenen Rasseideologien theoretisierender Fanatiker, sondern auf dem Leben und Weben deutscher Sprache und Kultur begründet ist, soll der Leitstern sein, unter dem der neue Verband kämpfen will. Zugleich will er sich einsetzen dafür, daß an allen Hochschulen, die keine staatlich anerkannte studentische Selbstverwaltung mehr haben, nicht die völkische ‚Deutsche Studentenschaft' sich als Alleinvertretung aller Studenten aufspielt."

Fritsch und Ford

Berlin, 3. Februar. (JTA.) Wie erinnerlich, hat der Besitzer des Hammer-Verlages in Leipzig, Theodor Fritsch, ein offenes Schreiben an Henri Ford gerichtet, in welchem er den amerikanischen Milliardär zu überreden versuchte, zu der antisemitischen Bewegung zurückzukehren. Der Brief war nichts anderes als eine Häufung von Schmeicheleien und Lobhudelungen und enthielt zum Schluß die Bemerkung, daß in einem anliegenden Schreiben die Bedingungen genannt werden, unter denen er, Fritsch, bereit wäre, auf den Vertrieb des Fordschen Werkes „Der internationale Jude" zu verzichten.

Wie die „C.-V.-Zeitung" erfährt, hat Theodor Fritsch, der am 20. Januar dem Richter in der Leipziger Hauptverhandlung auf die Frage nach seiner wirtschaftlichen Existenz erklärt: „Mit den Antisemiten kann man kein Geld verdienen", nicht weniger als 40 000 RM. als angeblichen Verdienstentgang durch die Aufgabe des Vertriebs des Fordschen Buches verlangt. Der Vorschlag war bis zum 9. Januar d. J. befristet. Die „C.-V.-Zeitung" knüpft hieran noch die folgende Bemerkung:

„Dieser Betrag ermöglicht nach mancher Richtung hin bemerkenswerte Feststellungen. Entweder verlangt Fritsch als Ehrenmann nur seine Selbstkosten, — dann ist es wichtig festzustellen, daß ein Mann wie Fritsch in der Lage ist, in ein einziges Werk seines Verlages 40 000 RM. hineinzustecken, oder aber, das Buch ist in seinen Selbstkosten beträchtlich billiger, — dann bedeutet Fritschs Forderung, daß er nach seinen eigenen Äußerungen zum ersten Male in seinem Leben aus seinem Judenhaß ein „Geschäft" machen wollte. Für einen Fünfundsiebzigjährigen wäre ein solcher Bruch mit den Prinzipien seines Lebens überaus bedenklich.

Ford scheint diese Forderung für unberechtigt zu halten, die Frist bis zum 9. Januar muß wohl ergebnislos abgelaufen sein, den Fritsch veröffentlicht im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel" nach dem 9. Januar wieder eine auffallende Annonce, in der er ankündigt, daß er, gestützt auf die urheberrechtlichen Gutachten prominenter deutscher Juristen, berechtigt sei, seine Ausgaben des Fordschen Buches weiter zu

vertreiben. Er könne also nach wie vor dem geehrten Publikum die ungemein bedeutungsvollen Betrachtungen Henry Fords zum Kauf anbieten."

Reichswehrsoldaten als Pogromhetzer

Berlin, 6. Februar. (JTA.) Unter der Überschrift „Reichswehrsoldaten als Pogromhetzer" teilt der „Vorwärts" den folgenden Vorfall mit, der sich am Samstag abend in einem Lokal des Berliner Westens abgespielt hat: Zwei jüngere Leute, der eine in Reichswehruniform, beschimpften in unglaublicher Weise anwesende Gäste, die sie für jüdisch hielten. Sie sprachen von den „Knoblauchjuden, die ausgerottet werden müßten", bezeichneten die Juden als „Deutschlands Unglück", sagten, „die krummen Nasen werden bald spitzgebogen werden, wenn andere Zeiten kämen" usw. Schließlich verstiegen sich die beiden zu der Drohung, „daß einst der Tag kommen werde, an dem . . ." — Die beleidigten Gäste blieben ruhig, herangeholte Schupobeamte brachten die beiden zur Wache, wo sie als Unterfeldwebel Albert Schön vom Inf.-Regt. 11 und Obergefreiter Wilh. Grundlach vom Inf.-Regt. Spandau festgestellt wurden.

Wiederverehelichung ohne vorhergegangene religiöse Scheidung in Österreich erlaubt

Wien, 1. Februar. (JTA.) Die niederösterreichische Landesregierung hat einer jüdischen Frau, deren Gatte sich weigerte, ihr den religiösen Scheidungsbrief (Get) zu geben, obwohl das Gericht die Trennung der Ehe ausgesprochen hatte, das Eingehen einer neuen Ehe gestattet. Die Frau ging auch bereits eine sogenannte Dispensehe mit einem freisinnigen Juden ein.

Eine Resolution des jüdisch-nationalen Wahlblocks

Warschau, 1. Februar. (JTA.) Die Wahlkomitees des dem Minderheitenblock angeschlossenen jüdisch-nationalen Wahlblocks ganz Polens hielten in Warschau eine Konferenz ab und faßten eine Resolution, die besagt: Die Lage des Judentums in Polen hat sich in den letzten 5 Jahren nicht verbessert, die polnischen Juden setzen darum den Kampf für ihre Rechte als Bürger und als Nationalität auf parlamentarischem Boden fort. Es ist deshalb notwendig, daß das polnische Judentum im Parlament entsprechend seiner Zahl vertreten ist. Nach der bestehenden, die Minderheiten beeinträchtigenden Wahlgeometrie ist dies aber nicht anders möglich als durch ein Zusammengehen mit den anderen Minderheiten.

Eine Max-Nordau-Straße in Athen

Athen, 5. Februar. (JTA.) Der Gemeinderat von Athen, der Hauptstadt Griechenlands, hat beschlossen, einer der Hauptstraßen der Stadt den Namen „Max-Nordau-Straße" zu geben. Der auf der Durchreise in Athen weilenden Tochter Max Nordaus wurde von diesem Beschluß durch eine Pergamenturkunde Kenntnis gegeben. Der Präsident des Gemeinderates hielt eine Ansprache an Maxa Nordau, in der er sagte:

„In der schwersten Stunde unseres Landes, zu einer Zeit, da selbst die begeistertsten Philhellenen des Westens schwiegen, hat Max Nordau, der Verehrer des alten und des neuen Hellas, mit dem unerschütterlichen Glauben an die Zukunft und die Lebenskraft des griechischen Volkes seine Stimme zugunsten Griechenlands erhoben, was in jenem bedeutungsvollen Momente von großem Werte gewesen ist."

Nathan Straus spendet 100 000 Dollar für das Werk der Zionistischen Exekutive in Palästina

Jerusalem, 1. Februar. (JTA.) Nathan Straus hat an Miss Henrietta Szold, Mitglied der Zionistischen Exekutive in Palästina, am 31. Januar das folgende Telegramm gesandt: „Aus Anlaß meines 80. Geburtstages habe ich heute der Anglo-Palestine Bank eine Summe von 100 000 Dollar zu ihrer freien Verfügung überwiesen." Man nimmt an, daß diese Spende des großen Philanthropen für die allgemeine Arbeit der Exekutive bestimmt ist.

Miss Szold hat dem Spender einen telegraphischen Dank gesendet, zugleich übermittelte sie ihm die Glückwünsche der palästinischen Judenheit zu seinem 80. Geburtstag.

Colonel Symes stellvertretender High Commissioner von Palästina

Eine Sonderausgabe der palästinischen „Official Gazette" veröffentlicht eine Verordnung, wonach für die Dauer des Auslandsaufenthaltes Lord Plumers Colonel Symes stellvertretender High Commissioner von Palästina ist. Während dieser Zeit wird Colonel Symes als Chief Secretary von Mr. Mils vertreten. (Ziko.)

Feuilleton

„Der ewige Jude“

Von David Pinski

Zum Gastspiel der Habima in den Kammerspielen im Schauspielhaus

Das Schicksal des jüdischen Volks hat seine deutlichste Zäsur in dem Augenblick der Zerstörung des zweiten Tempels: Der jüdische Staat war mit der heiligen Stadt, mit dem Tempel in Trümmer gefallen, es bedurfte einer unerhörten Anstrengung aller geistigen und seelischen Kräfte nach dem langen, fürchterlichen nationalen Verteidigungskampf, damit die jüdische Nation am Leben bleiben konnte. Diesen Augenblick eines nationalen Niederbruchs ohnegleichen zeigt in erschütternder legendärer Darstellung der „Ewige Jude“ David Pinskis, diesen Augenblick, in dem sich Charakter und Geschick jüdischen Lebens für die nächsten Jahrtausende enthüllend andeuten.

Die Erwartung des Messias, die Hoffnung auf Erlösung aus nationaler Schmach und Schande, die diesen Zustand kennzeichnen, verkörpern sich in der Gestalt eines „Unbekannten“ (Zwi Friedland), der in ein weit von der Hauptstadt abgelegenes Dorf, mitten in das vom gedankenlosen Optimismus erfüllte Leben des Alltags kommt, um den neugeborenen Messias zu suchen, von dessen Geburt am Tage der Zerstörung Jerusalems ihm auf dem Felde beim Pflügen Kunde wurde. Das Volk und seine Führer schwanken zwischen Glauben und Zweifel; schließlich findet sich die Mutter des Messias, eine „junge Frau“ (A. Rowina) — durch Boten, die man eilig nach Jerusalem gesandt hat, wird der bisher nicht vorstellbare Fall des Tempels bekannt; als der Unbekannte das verzweifelte Volk mit dem Hinweis auf das Erscheinen des Messias trösten will, erhebt sich ein Sturm, in dem der Messias — Menachem der Tröster genannt — entschwindet. Der „Ewige Jude“ beginnt gebeugten Hauptes seine schwere, end- und trostlose Wanderung!

Zwei Gestalten sind es vor allem, die ergreifen und erschüttern: Der Unbekannte und die junge Frau. Auf der Flucht vor seiner Mission, getrieben und gehetzt, selbst im Zweifel und doch wieder gläubig, so sucht mit der Hingabe eines fast Irren der Unbekannte den Messias. Nicht Spott und nicht Gewalt können ihn von seiner Sendung abbringen; er steckt schließlich auch die Kleingläubigen mit seiner Zuversicht an und vermag sogar die junge Frau, die Mutter, die ihr Kind nicht säugen will, weil es an dem Tag geboren wurde, der ihr den Gatten raubte und den Fall des Tempels sah, zu neuer Hoffnung und zu neuem Lebensmut hinzureißen, diese Mutter, deren Schmerz um die Zerstörung Jerusalems sich wie aus den Tiefen der Volksseele hervorringt, deren unnennbarer Jammer um das verlorene Kind, den Messias, allen Jammer der Welt in sich zu vereinen scheint und doch noch von dem des Unbekannten übertroffen wird.

Vielleicht die ergreifendste Szene aus dem nicht sehr großen Stück ist jene, wo langsam die nach Jerusalem ausgesandten Boten nahen, wo seltsam unergründlich mit gewaltiger Wucht der Schmerz jeden einzelnen ergreift und zur Erde niederbeugt, wo dumpfer, schauerlicher Klaggesang ertönt. Über alle Fremdheit der Sprache, über alle Entlegenheit der Zeit und des Milieus hinweg, wird lebendig, tritt in diesem Augenblick vor jeden in seiner ganzen tragischen Bedeutung und zwingt jeden zum Miterleben das Ereignis, das Grundlagen und Daseinsformen des jüdischen Volkes so entscheidend veränderte und auch für das heutige Geschlecht noch bestimmt.

Auch im „Ewigen Juden“ zeigt sich das Habima-Ensemble den hier gestellten außerordentlich schwierigen darstellerischen Aufgaben — sieht man doch nichts von den eigentlich bewegenden Geschehnissen, weder die Berufung des Unbekannten, noch den Fall Jerusalems, noch das Verschwinden des Messias; wird von all dem doch nur erzählt und berichtet! — voll und ganz gewachsen. Wie hier nationales Schicksal in wenigen Individuen verdichtet und intensiviert ist, wie die elementare, gefühlsmäßige Verknüpfung, Abstoßung und Anziehung, zwischen dem Unbekannten und dem Volk symbolisch und doch klar, gleichnishaft und doch wirklich dargestellt sind — das zeigt wiederum die volle künstlerische Meisterschaft der Habima. —

Es ist schwer, gegenüber der Leistung der Habima die richtige Stellung zu finden, und man muß es aufgeben, nach hergebrachten ästhetischen Maßstäben zu messen, was sich gerade der nur ästhetischen Wertung entzieht. Die Habima macht das Theater im wahrsten Sinne des Wortes zur moralischen Anstalt; sie vermag in Wirklichkeit den Menschen, besonders den Juden, über seine individuelle Sphäre zu erheben und sie darf es deshalb als ihre schönste und reichste Belohnung betrachten, daß sie unvergeßlich bleiben wird, wo immer sie war und jedem, der sie sah. I. E.

Zum 50. Geburtstag Martin Bubers

Aus Anlaß des fünfzigsten Geburtstages **Martin Bubers** erschien bei Lamb. Schneider, Berlin, eine Festgabe: **„Aus unbekannten Schriften“**, die Beiträge von mehr als fünfzig Autoren enthält, von denen nur Leo Baeck, Richard Beer-Hoffmann, Max Brod und Arnold Zweig genannt seien. (Zu haben bei der Ewer-Buchhandlung, Ottostraße 2.)

Eintragung Martin Bubers in das Goldene Buch des Keren Kajemeth Leisrael

Der 50. Geburtstag von Martin Buber gibt den Zionisten Gelegenheit, ihm durch Eintragung in das Goldene Buch des Keren Kajemeth Glück zu wünschen und zu danken. Wir bitten alle diejenigen, die den Wunsch haben, Martin Buber ihre Grüße in dieser uns Zionisten vertrauten und angepaßten Form zu übermitteln, dies durch baldige Übersendung ihrer Spende zu tun.

Zionistische Vereinigung für Deutschland
Blumenfeld Rosenblüth

Keren Kajemeth Leisrael
Wollsteiner Schwarz Glaser

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Lehrkurse der israelitischen Kultusgemeinde

Am Mittwoch, dem 15. Februar, 20.15 Uhr, findet der fünfte Abend der philosophischen Arbeitsgemeinschaft im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1, Rückgebäude, statt. Herr Dr. Willy Meyer (Nürnberg) wird über „Philon aus Alexandriea" sprechen. Eintritt frei.

Ein Bericht über die beiden Vortragsabende Dr. Leo Baecks: Wesen und Werden der jüdischen Mystik, mußte wegen Raummangels für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

München. Die in Münchener musikalischen Kreisen bestens bekannte Geigerin Annie Steiger-Betzak (Frankfurt a. M.) wurde eingeladen, am 24. Februar in einem der von Dr. Munter geleiteten Freitagssymphoniekonzerte des Münchener Konzertvereins das selten gehörte Prokofieff-Violinkonzert zu spielen, mit dem sie kürzlich in einem Konzert des Berliner Symphonieorchesters großen Erfolg errang. Wie wir hören, steht der Jüdische Gesangverein München mit der Künstlerin in Unterhandlung, um sich ihrer Mitwirkung in einer Veranstaltung zu sichern, die dem Andenken Franz Schuberts anläßlich seines hundersten Todestages gewidmet sein soll.

Jüdischer Jugendverein München. Das neue Arbeitsprogramm erscheint noch Mitte dieses Monats. Wir bitten Interessenten dieses zu verlangen.

Dienstag, den 14. Februar, fällt der Heimabend aus!

Am Donnerstag, dem 16. Februar, 20 Uhr, veranstalten wir im Heimlokal, St.-Anna-Straße 6, einen internen heiteren Abend, zu dem besonders Maskierte Zutritt haben. Nur Mitglieder und nur die Gäste, die im Besitze einer Gastkarte sind, werden eingelassen. Gastkarten sind beim ersten Vorsitzenden, Herrn Neisser, in der „Ewer"-Buchhandlung, Ottostraße 2, zu holen. Da nur wenige Karten ausgestellt werden, bitten wir um rechtzeitge Besorgung.

Tohuwabohu ist das Motiv des Kostümfestes, das die Zionistische Ortsgruppe und der Bar Kochba gemeinschaftlich in den oberen Räumen des Hotels Bayer. Hof am Sonntag, dem 12. Februar, veranstalten. Die Buntheit der Kostümierung wird ein besonders farbenprächtiges und lustiges Bild geben. Ein prächtiger Festzug, die Prämiierung der schönsten Masken und einige lustige Überraschungen werden die Tanzpause ausfüllen und sicher dazu beitragen, richtige Karnevalsstimmung hervorzurufen. Sämtliche Damen müssen Visier tragen und können bis zur Demaskierung auch die Herren zum Tanze auffordern. Der Beginn ist auf abends 8.30 Uhr, das Ende auf 3 Uhr früh festgesetzt. Näheres im heutigen Inserat.

Besonders sei noch einmal darauf hingewiesen, daß das Fest am Sonntag, dem 12. d. M., stattfindet, nicht am Samstag, wie fehlerhaft in dem Inserat in der letzten Nummer des „Jüdischen Echos" angegeben war.

Jüdischer Kulturverein J. L. Perez, München. Heute, Samstag, den 11. Februar 1928, spricht Herr Dr. Seide im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1/0, abends 8.30 Uhr, über: „Exotische Judenstämme". Der Vortrag wird, wenn möglich, durch Lichtbilder illustriert werden und verspricht sehr interessant zu werden. Gäste sind herzlich willkommen. Eintritt frei. Garderobegebühr 10 Pfg. Der Vortrag wird in deutscher Sprache abgehalten werden. Die Vorstandschaft.

Schachklub „Lasker“, München. Regelmäßiger Spielabend ist jeden Mittwoch, ab 8 Uhr abends, im Restaurant Herzog Heinrich, Ecke Landwehr- und Mathildenstraße. Gäste sind jederzeit willkommen. Die Vorstandschaft.

München. Vereinigung Jüd. Akademiker an der Universität, i. B. J. A. S. E. Herr Bezirksrabbiner Harry Levy (Regensburg) spricht am Donnerstag, dem 16. Februar 1928, abends 8 Uhr, im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1, über „Neue Wege der Religionsphilosophie“. Gäste herzlich willkommen. Eintritt frei. i. A.: Gustav Spielmann.

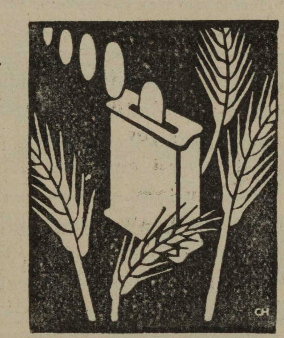
Gesamtausschuß der Ostjuden München. Familie Kluger gratuliert Herrn und Frau Glasberg zur diamantenen Hochzeit, Herrn und Frau Gidalewitsch zur silbernen Hochzeit, Herrn Emil Goldberg zum 50. Geburtstag 3.—, Nathan Tuchmann und Frau gratulieren herzlich Herrn David Horn zum 60. Geburtstag 3.—, L. Iram und Frau desgleichen und Herrn und Frau Gidalewitsch zur silbernen Hochzeit 2.—, H. Weber und Frau gratulieren herzlich Herrn A. Gidalewitsch und Frau und Herrn D. Horn zum 60. Geburtstag 3.—, A. Gidalewitsch und Frau spendeten anläßlich ihrer silbernen Hochzeit einen größeren Betrag.

Jüdischer Turn- und Sportverein Bar Kochba e. V. Nürnberg. Generalversammlung. Der Jüdische Turn- und Sportverein Bar Kochba Nürnberg hielt am 23. Januar seine diesjährige Generalversammlung ab. Der erste Vorsitzende, Herr Dr. Fritz Bloch, begrüßte die sehr zahlreich erschienenen Mitglieder und gab einen kurzen Rückblick des vergangenen Jahres, nachdem ein ausführlicher Bericht in der letzten Nummer der Bar-Kochba-Zeitung erschienen ist. Die Berichte der einzelnen Abteilungsleiter ergaben nur Erfreuliches, ganz besonders der des Jugendleiters Ing. Fritz Neuburger, der sich im verflossenen Jahr mit großer Sorgfalt der Jugend gewidmet hat. Nach Entlastung der Vorstandschaft und Erstattung des Dankes von einzelnen Mitgliedern aus der Versammlung, im Auftrage der Abteilungen, an den bewährten Vorsitzenden Herrn Dr. Fritz Bloch wurde zur Wahl geschritten, die folgende Vorstandschaft für das Geschäftsjahr 1928 brachte. 1. Vors. Dr. Fritz Bloch, 2. Vors. Dr. Vorchheimer, 1. Kassier Paul Baruch, 2. Kassier Minna Scherer, 1. Schriftführer Otto Neumark, 2. Schriftführer Julchen Heimann, weiblicher Turn- und Sportwart Lotte Rosenthal, 1. Turnwart David Katz, 2. Turnwart Ludwig Bachmann, 1. Sportwart Felix Sachs, 2. Sportwart Kurt Lewin, 1. Schwimmwart Alfred Bachmann, 2. Schwimmwart Fritz Dietenhöfer, 1. Jugendleiter Ing. Fritz Neuburger, 2. Jugendleiter Kurt Hirschbruch, Spielausschußvorsitzender Paul Baruch, Beisitzer Bernhard Kolb, Emilie Horwitz. Es lag ein Antrag zur Gründung einer Boxabteilung vor, die Vorstandschaft konnte sich jedoch nicht entschließen, diesem Antrag sofort stattzugeben. Es wurde eine Kommission von drei Herren gebildet, die die Sache vorbereiten soll. Der Vorsitzende schloß um 12 Uhr die harmonisch verlaufene Versammlung. P. B.

KEREN KAJEMETH LEJISRAEL

Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442 Nürnberg 24565



Fernsprecher München 297449 Nürnberg 9226

Zentrale für Deutschland Berlin W 15

Meinekestraße Nr. 10

Spendenausweis Nr. 11 vom 24. Januar bis 7. Februar 1928

Allgemeine Spenden. A. Strumpf u. Frau danken herzl. f. d. anl. ihrer silbernen Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten 10.—, Herr u. Frau Markus Eisen grat. Herrn u. Frau A. Strumpf zur silbernen Hochzeit 2.—, Dr. Fried. Stern dankt Herrn Dr. Bernhard Lewin für zahnärztliche Behandlung 3.— = 15.—.

Goldenes Buch: Frieda und David Horn: Gesammelt bei der Geburtstagsfeier David Horn 75.—, Dr. M. J. Gutmann grat. herzl. Herrn David Horn zum 60. Geburtstag 5.—, Henny u. Jakob Reich desgl. 5.—, Schl. u. Tina Monheit desgl. 3.—, Fam. B. Goldberg desgl. 2.—, Fam. B. Goldfarb desgl. 1.—, Herr u. Frau P. Grünbaum grat. Herrn D. Horn zum 60. Geburtstag, Herrn u. Frau Glasberg zur diamantenen Hochzeit und zur silbernen Hochzeit A. Strumpf u. A. Gidalewitsch 5.—, Fam. D. Horn grat. Herrn u. Frau A. Gidalewitsch zur Silberhochzeit 2.— = 98.—.

Bäume: Münchener Ölbaumhain: Fam. Julius Eisen grat. Herrn David Horn herzl. zum 60. Geburtstag 1 B. 6.—, Fam. Markus Eisen desgl. 1 B. 6.— = 12.—.

Materialverkauf: 1 N.-F.-Telegr. —.50.

Büchsen: Geleert durch Max Feder: W. Rapaport 18.75, M. Eisenstädter 13.—, Frau E. Kalter 8.17, G. Sachs 7.71, L. Haas 7.65, M. Hirsch 6.58, A. Mysliborski-Misch 6.56, J.-R. Dr. E. Fraenkel 5.87, Dr. G. Böhm 5.38, J.-R. Dr. E. Straus 5.09, Frau F. Schiller 5.—, S. Kronheimer 5.—, Dr. Robert Beer 5.—, F. Schaal 4.84, S. Penzak 4.10, Frau F. Silbermann 3.—, J. Schachno 3.—, N. Sadler 2.—, Frau Oberin M. Feuchtwang 1.55, M. Jeidel 1.48, L. Adler 1.34, J. Schwager 1.25, eine Büchse unter einer Mark —.72 = 123.04.

Geleert durch Siegmund Reifer: E. Droller 10.22, Harry Laufer 4.55, A. Lissauer 3.48, O. Böhm 3.—, J. Stiefelzieher 1.94, Dr. H. Feuchtwanger 1.75 = 24.94.

Geleert durch Siegfried Finkel: B. Goldfarb 2.40, A. Cheikowsky 2.—, J. Hebenstreit 1.90, J. Finkel 1.27, J. Goldmann 1.19, S. Riesenfeld 1.— = 9.76.
Summe: 283.24.
Gesamtsumme seit 1. Oktober 1927: 2418.86.

Familie CH. RIEMER gratuliert Herrn A. Strumpf und Frau zur silbernen Hochzeit / Herrn D. Horn zum 60. Geburtstag / Herrn Sommer z. Verlobung seiner Tochter

Der Verein BIKUR CHOLIM gratuliert Herrn Abr. Strumpf und Frau, Herrn A. Gidalewitsch und Frau zur silbernen Hochzeit, Herrn David Horn zum 60. Geburtstage.

Israelit 28 J. alt, berufstätig, wünscht ein Fräulein beh. Ehe kennen zu lernen. Diskretion zuges.
Off. u. Nr. 4154 a. d. Anz.-Abt. d. Jüd. Echos

Hausangestellte

aller Berufszweige, auch für einzelne Tage, sowie andere treue und gewissenhafte Arbeiter und Angestellte sind zu erfragen bei der **Verwaltung der Siebentags-Adventisten München, Isartalstraße 40 / Fernsprecher 70211**

Junges gebildetes Mädchen
in Kinderpflege erfahren, sucht Halbtagsstelle. Offerten unter **R. H. 20** an Postamt München 22

Frau Weißmann, Richard-Strauß-Str. 5
sucht Zugehplätze

Kinder-Sanatorium und Erholungsheim (900 m)
Bad Kohlgrub 2 M. v. Kurhaus
modern eingerichtet. Höhensonne, Liegekuren, Stahl- und Solbad. Ärztliche Leitung Dr. Gehm. Schwesternpflege. Höchstsatz 25 Kinder. Beste Verpflegung. **Aufnahme von 2—16 Jahren.**

Möbel- u. Raumkunst Rosipalhaus
Münchner Ausstattungshaus für Wohnbedarf Rosenstr. 3
Frei zugängliche Ausstellung „**Das behagliche Heim**"

SCHUHHAUS
BÄREN-STIEFEL
Spezialhaus für Sport- und Straßenstiefel / Inh. B. Rückert
München, Sonnenstr. 16 am Postscheckamt / Telephon 54715

Schwesternbund d. München-Loge / Ver. Isr. Jugendhilfe e. V.

Gemütliche Abende

im Mädchenklub, Antonienstraße 7

Dienstag von 8—10 Uhr:
Nähen (Kleider, Weißnähen, Handarbeit).

Mittwoch von 8 Uhr ab:
Turnen (Gymnastik)

Donnerstag von halb 8 — halb 9 Uhr:
Englisch (für Anfänger u. Fortgeschrittene)

Donnerstag von 8 — 10 Uhr:
Geselliger Abend (Literat., Biblioth., Musik)

Zu diesen Heimabenden, die unentgeltlich sind, sind alle Mädchen vom 16. Lebensjahre an herzlich willkommen. Anmeldung erbeten an Frau Studienrat **Schaalmann,** Tengstraße 37

Massage-Heilinstitut
Ärztlich gepr. Schwester mit prima Referenzen
Schönheits- u. Körperpflege
Fr. Paula Wildförster, Reichenbachstraße 49/0 r. geöffnet von 11—7 Uhr

Kauft bei unseren Inserenten!

Friedrich Hahn
Feinkost und Lebensmittel
München, Theatinerstraße 48, Telefonruf Nr. 24421
Freie Zusendung ins Haus

LESEZIRKEL
Schwanthalerstraße 16/0 / Tel. 596052
liefert 10 Zeitschriften frei ins Haus

Blumenbuchner
Theresienstraße 86 Telephon Nr. 57791
Gartengestaltung · Gartenbaubetrieb · Pflanzenschauhalle
Besuche lohnend!

ING. G. AIGNER'S PRIVATE KRAFTFAHRKURSE
gegründet 1913
Gabelsbergerstr. 62 / Telephon 51314
Straßenbahnhaltestelle: Kreuzung Augusten-Gabelsbergerstraße der Linien 2, 7, 17; — garantieren als alteingeführtes Unternehmen mit besten Referenzen für vollkommene **Qualitäts-Ausbildung**

ADLERWERKE
vorm. Heinrich Kleyer A.-G. Frankfurt a. M.
Filiale München, Augustenstraße 40

10 PS STANDARD 6 ZYLINDER
der führende deutsche Gebrauchswagen, **sofort lieferbar**

Weitere Typen: 6/25 — 11/50 — 18/80 PS
Lieferwagen für 400 und 800 kg. Schnell-Lastwagen L 9 für $1^1/_2$ Tonnen

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog-Max-Straße 4, München.